

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Cindenzstraße 3-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Zechenbesitzer verhaftet.

Streikstimmung. — Eine neue Erschießung.

Ueber die neuesten Zwischenfälle im Ruhrgebiet melden die PPR.: Die Zechevertreter, die vom General Jounier auf heute morgen 10 Uhr nach Breidenay geladen worden waren, sind dafelbst verhaftet worden. Es handelt sich um Fritz Thijssen, Generaldirektor Tengelmann von der Essener Steinkohlen-A.-G., Bergassessor Olje von der Gelsenkirchener Steinkohlen-A.-G., Generaldirektor Kessen von der Zeche Dalburg, Generaldirektor Wästenhäger von der König-Wilhelm-Grube, Generaldirektor Spindler von der Zeche Victoria Matthias. Die Verhafteten sind, soweit man hört, nach Düsseldorf gebracht worden.

Gestern abend um 9.30 Uhr ist vor dem Landgericht in Langendreer abermals ein Deutscher, der Krankenträger Kowalsky, erschossen worden. Der französische Posten vor dem Amtsgericht erl. Kowalsky, der allein des Weges kam, an, worauf der Posten sofort schuß, obgleich in unmittelbarer Nähe eine Laterne war. Der Bürgermeister von Langendreer ist noch gestern Nacht beim Oberst vorstellig geworden, hat auf die Tat hingewiesen und darauf, daß hier ein einzelner erschossen worden sei. Der Oberst erklärte jedoch, daß der Soldat nach seiner Instruktion gehandelt habe. Der Bürgermeister erwiderte, daß diese Instruktion vielleicht für den Krieg angebracht sein möge, nicht aber für den Einmarsch ins Ruhrgebiet.

Auch in der Nacht und heute morgen sind neue Truppen und Ingenieure ins Ruhrgebiet zugezogen. Die Truppen scheinen besonders für den nördlichen Teil, wo die staatlichen Gruben liegen, bestimmt zu sein. Auch Ingenieure für den Eisenbahnbetrieb sind inzwischen eingetroffen. Die Truppeningenieure sind indes noch zu keiner Entfaltung einer produktiven Tätigkeit gekommen. Die Erlasse der Reichsregierung und des Verkehrsministers haben den Widerstand der Bergarbeiter und Eisenbahner entschieden gestärkt. Die Eisenbahner haben beschlossen, sich streng an die Anweisungen aus Berlin zu halten. Tatsächlich ist es den Franzosen bisher noch nicht gelungen, auch nur einen Waggon aus dem Ruhrgebiet zu erhalten, alle dahin zielenden Versuche sind an dem Widerstand der Beamten und Arbeiter gescheitert.

Auf dem Möller- und Rheinbaben-Schacht wird heute wieder gearbeitet, auf dem Schacht Stertrade ist die Arbeit noch eingestellt. Die Franzosen suchen Verabredungen zu bekommen. Auf Bergmannsglüd wurde die Kohleret und der Versuch beschl.

In Essen sind wegen der Eingriffe der Franzosen sämtliche Banken geschlossen.

In Sinsen, im nördlichen Ruhrgebiet, wurde das Stellwerk mit einem Maschinengewehr beschl., worauf das Personal seinen Dienst einstellte.

Der französische Propagandablenk ist vom befehlten Rheintand ins Ruhrrevier überfiedelt, wo er eine lebhaftige Tätigkeit zu entfalten versucht. Doch sind bisher alle Versuche, Stelle in die Bevölkerung zu treiben, mißglückt.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der staatlichen Zechen werden voraussichtlich am Montag in den Streik treten.

Auch Postdirektoren verhaftet.

Essen, 20. Januar. (Glg. Drahtbericht.) Heute nachmittags 1 Uhr wurden des weiteren der Telegraphendirektor Jehner vom Telegraphenbauamt Essen sowie Oberpostdirektor Jäger vom Telegraphenamt Essen verhaftet.

Heute morgen fuhr die Belegschaft der Zeche Heinrich des Neu-Essener Bergwerksvereins, etwa 900 Mann, nicht ein, weil sie nicht wußten, daß die Franzosen in dem Baderaum der Zeche badeten. Erst nach Zurücknahme des Befehls durch den französischen Kommandanten fuhrn die Bergleute gegen 9 Uhr vormittags ein.

Essen, 20. Januar. (WIB.) Auf den staatlichen Möller- und Rheinbaben-Schächten sind die ausländisch gewordenen Belegschaften heute wieder angefahren. Die gestern festgenommenen vier Beamten der Verbandsabteilung sind wieder freigelassen worden. Die Befahungsgruppen haben die Zeche Stertrade („Gutehoffnungshütte“) in Oberhausen befehlt. Die gesamte Belegschaft der gestrigen Mittags- und heutigen Frühschicht ist insfolgedessen nicht eingefahren. Es werden nur die dringendsten Notstandsarbeiten ausgeführt.

Essen, 20. Januar. (WIB.) Im Gebäude der Reichsbank befindet sich französisches Militär. Die Reichsbankbeamten haben insfolgedessen erklärt, daß sie, solange eine Bewachung innerhalb des Gebäudes stattfindet, nicht arbeiten würden. Die Essener Privatbanken haben sich mit der Reichsbank solidarisch erklärt und ihre Kassen und übrigen Geschäftsräume geschlossen. Die Stadtverwaltung wird an die Befahungsbehörde wegen des Vorgehens gegen die Reichsbank ein Protestschreiben gelangen lassen.

Einspruch der Betriebsräte.

Essen, 20. Januar. (WIB.) Die Beamten- und Betriebsräte sämtlicher Zechen im Bezirk Cassio, Ranzel, Kirchlinde, Mengende, Bedelshwingh, Gertke, Holtshausen, Böning und Solingen erhoben in einer Entschiedenheit schärfsten Einspruch gegen die Befahung des Ruhrgebietes und erklärten der Befahungsbehörde einmütig, daß jede Maßregelung eines Beamten oder Arbeiters aus betrieblichen Gründen die Arbeitsniederlegung sämtlicher Arbeiter und Beamten aller Zechen zur Folge hätte.

Bochum, 19. Januar. (WIB.) Der gesamte Betriebsrat des Bochumer Bergwerksvereins hat erklärt, daß die Arbeiterchaft sofort in den Ausstand treten würde, sobald die Franzosen einen

Eingriff in die Betriebsleitung machen oder einen Beamten oder Arbeiter verhaften und das Werk beschließen würden.

Proteststreik der Zeche Stertrade.

Düsseldorf, 20. Januar. (WIB.) Wie wir erfahren, befindet sich die Belegschaft der Zeche Stertrade im Ausstand, weil eine belgische Befahungsgruppe einen Wagenpark auf dem Zechenplatz aufgestellt hat. Die Belegschaft erklärte, unter belgischen Bajonetten nicht arbeiten zu wollen. 800 Mann von der Mittagschicht sind nicht eingefahren. Auch die Nachtschicht von 250 Mann will nicht einfahren. Die Zechenverwaltung hat bereits mit der belgischen Befahung Verhandlungen angeknüpft. Die Belgier haben sich aber geweigert, den Zechenplatz zu verlassen. Wie verlautet, wird die Truppe in dieser Nacht noch weiterziehen.

32 Kohlenkähne beschlagnahmt.

Dalsburg-Ruhrort, 20. Januar. (WIB.) In den Ruhrorter Häfen wurden gestern wiederum Kohlenkähne durch die französische Kontrollkommission beschlagnahmt. Insgesamt sind bisher 32 Kähne mit Kohlen beschlagnahmt worden.

Paris, 20. Januar. (Gg.) Nach einer Düsseldorf Meldung der Havas-Agentur wird die belgische Okkupationszone im Ruhrgebiet vergrößert. Die Belgier werden die Franzosen in der Gegend der Lippe ablösen und diese etwa 40 Kilometer weit besetzen. Das belgische Generalquartier wird nach Recklinghausen verlegt werden. Weitere Verstärkungen an belgischer Infanterie und belgische Radfahrerabteilungen werden für die nächsten Tage erwartet.

Erzwungene Berichtigung.

Düsseldorf, 20. Januar. (WIB.) Der Regierungspräsident ist zu einer Berichtigung seines Protestschreibens an den Ortsdelegierten General Demignans gezwungen worden, die er mit folgender Bemerkung veröffentlichte:

„Ich bemerke zu dieser „Berichtigung“, daß sie weder mich noch irgendeinen Kenner der Verhältnisse davon überzeugt, daß meine Sachdarstellung im obengenannten Schreiben das Gefühl der pflichtgemäß objektiven Berichterstattung verlassen hat.“

Der Regierungspräsident hat im Aufsatze an diese Berichtigung an den Ortsdelegierten Demignans folgendes Schreiben gerichtet:

Auf den Befehl vom 18. Januar 1923 übermittle ich Ihnen in Abschrift das Schreiben, durch das ich mein Pressebureau angewiesen habe, sofort die von Ihnen kraft militärischen Zwanges angeordnete „Berichtigung“ in die gesamte Presse gelangen zu lassen. Sie wird in den Nacht- und Morgenausgaben vom 20. Januar erscheinen. Ich erblicke in der mir aufgedrungenen „Berichtigung“ einen Verstoß gegen das Reichspressgesetz vom 7. Mai 1874, also eines der deutschen Reichsgesetze, die nach einem Bericht der „Düsseldorfer Volkszeitung“ vom 17. Januar 1923 der General Simon in der am 15. Januar 1923 abgehaltenen Besprechung mit den Bezirksvorständen der Eisenbahnerverbände beachten zu wollen erklärt hat. Außerdem muß ich Ihnen vorwurf, eine schwere Unförmlichkeit durch Veröffentlichung dieses Schreibens begangen zu haben, scharf zurückweisen. Nach deutschem Recht steht es mir zu, die Bevölkerung in wichtigen Fällen über den Inhalt der Akten weitgehend zu unterrichten.

Französischer Verhandlungsführer?

London, 20. Januar. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet aus Paris: Dort sei keinerlei Widerstand gegen weitere Erörterungen vorhanden. Sollte Deutschland Ausdrucksfähigkeit an den Tag legen und ernsthafte Vorschläge machen, so würde die französische Regierung zwar welscherh die Forderungen behalten, jedoch bereit sein, die Bedingungen zu erörtern. Der Berichterstatter will den klaren Eindruck haben, daß Frankreich einleitende diplomatische Schritte begrüßen würde, daß es sie jedoch selbst nicht suchen könne. Es sei möglich, daß unerwartete Ereignisse eintraten, wenn die Reparationskommission sich an die Erwägung des Planes eines „garantierten Moratoriums“ mache. Inzwischen werde in amtlichen Kreisen mit größtem Nachdruck darauf gedrungen, daß seitens Frankreichs keinerlei Uebergabe oder Zurückziehung erfolgen könne. Es werde vielmehr eine unangenehme Periode geben, aber die Entschlossenheit dürfe nicht nachlassen. Ein oder zwei Monate würden als die Zeit angesehen, während der Deutschland in seiner widerpenstigen Haltung verharrten könne. In Frankreich werde erkannt, daß es ein Kampf auf Leben oder Tod sei.

England laviert.

London, 20. Januar. (WIB.) Die Beschlagnahme deutscher Staatsbergwerke durch Frankreich und Banken und die Verhaftung deutscher Beamten erregt in der Presse großes Aufsehen. Die Warnung Italiens gegen extreme Maßnahmen wird viel beachtet und als Zeichen dafür angesehen, daß Italien den Ernst der Lage erkennt. „Times“ berichtet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die italienische Regierung jetzt bestrebt sei, einen maßgebenden Einfluß im Zusammenhang mit den augenblicklichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland auszuüben, und daß sie den Wunsch hat, ihre Ansicht der britischen und der französischen Regierung nachdrücklich klarzumachen. Es verlautet, daß der italienische Botschafter, der soeben aus Rom zurückgekehrt ist, heute bei Bonar Law vorsprechen werde.

Arbeiter und Ruhrbesetzung.

Als die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der großen gewerkschaftlichen Verbände gestern vormittag ihre gemeinsame Beratung hielten, um für das Verhalten der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber dem Gewaltstreik der französischen Regierung klare Richtlinien aufzustellen, fehlte ihnen noch die Kenntnis jener neuesten Vorgänge, über die in der heutigen Morgenausgabe unseres Blattes berichtet wird. Spontan sind als Antwort auf die Verhaftung einiger höherer Beamten der staatlichen Gruben Proteststreiks ausgebrochen, der Gesamtbetriebsrat hat die Forderung nach Freilassung der widerrechtlich Verschleppten, nach Entfernung der Soldateska von den Zechen, nach Aufhebung der vorgenommenen Beschlagnahmen gestellt und sich für den Fall der Nichterfüllung ernste „weitere Schritte“ vorbehalten.

Diese Vorgänge zeigen, daß die gestrige Vorstandsbesetzung die notwendige Entwicklung der Dinge im Ruhrrevier klar vorausgesehen hat. Die von ihr aufgestellten Richtlinien erweisen sich als durch die Tatsachen selbst vorgezeichnet.

Wir nehmen an, daß es sich bei den vorgenommenen Verhaftungen um Beamte gehandelt hat, die mit der Arbeiterchaft in gutem Einverständnis standen. Aber wäre das nicht der Fall gewesen, so hätten die Arbeiter eben auch nicht anders handeln können. Man stelle sich vor, die Verhafteten wären ganz übliche Scharfmacher gewesen und die Arbeiter hätten gerade im schärfsten Konflikt mit ihnen gestanden, als ihre widerrechtliche Festnahme erfolgte. Auch dann hätten die Arbeiter gar nicht anders handeln können, als sie gehandelt haben. Ob es Staatsbergwerke oder Privatbergwerke sind, gegen die sich die Gewalttaten des französisch-belgischen Militärs richten, ob die verübten Brandschadungen das Geld der Armen oder der Reichen treffen, ob die Männer, die wegen ihres Widerstandes gegen unredtmäßige Gewalt ins Gefängnis geschleppt werden, sich als Freunde oder als Gegner der Arbeiterbewegung betätigt haben — gleichviel! Der Sinn der Arbeiter für Recht und Menschenwürde erkennt instinktiv, daß all diese Fragen in diesem Augenblick nicht von entscheidender Bedeutung sind. Deswegen muß doch Recht Recht bleiben!

Wir würden beinahe wünschen, es hätte sich bei den Verhafteten, für die die Arbeiter so mutig eingesprungen sind, wirklich um offene Gegner der Arbeiterbewegung gehandelt, die Haltung der Arbeiter würde dann nur in einem desto helleren Licht erscheinen und ihr Ansehen bei Freund und Feind könnte dadurch nur wachsen.

Die Urheber des Anschlags auf das Ruhrrevier hatten gehofft, die Arbeiter für sich gewinnen zu können. Sie glaubten, ihnen einreden zu können, sie kämen als ihre Freunde, ja sie glaubten, die Arbeiter würden nicht nur mit Teilnahme, sondern sogar mit einer gewissen Schadenfreude zusehen, wie das Zechenkapital durch den militärischen Einbruch in Bedrängnis gerate. Sie haben sich getäuscht. Herr Poincaré hat für seine schamlose Tat Verbündete im Ruhrrevier gesucht, er hat nur entschlossene Gegner gefunden.

Wir zweifeln gar nicht daran, daß die geradezu prochtvolle Haltung unserer Kameraden im Ruhrrevier vom gesamten internationalen Proletariat und darüber hinaus von allen rechtlich denkenden Menschen der Welt mit den stärksten Sympathien begrüßt werden wird. Aber Sympathien allein genügen nicht, die proletarischen Kämpfer für Recht und Weltfrieden bedürfen werktätiger Unterstützung.

Ob diese Unterstützung in Form eines französisch-belgischen Solidaritätsstreiks erfolgen kann, wollen wir dahingestellt sein lassen. Wir verkennen nicht die organisatorisch-technischen Schwierigkeiten und die psychologischen Hemmnungen, die sich einem solchen Beginnen in den Weg stellen. Aber der Kampf ums Recht wird Opfer kosten, und das Weltgewissen wird sich nicht dabei beruhigen können, daß das arme Reich, wie selbstverständlich, keine Pflicht gegenüber diesen Opfern erfüllen wird. Es geht hier nicht bloß um die materielle Frage, jedes Scherflein, das aus der Ferne kommt, wirkt wie ein Rettungsboll in Seenot, wie Tat zur rechten Zeit, wie moralische Ermutigung.

Nicht minder groß ist aber die Pflicht der deutschen Arbeiter in dem noch unbesetzten Gebiet gegenüber ihren kämpfenden Kameraden. Ihre Bedrängnis ist die gleiche, ja vielleicht werden sie die wirtschaftlichen Auswirkungen der von Frankreich geplanten Kohlenperre noch schärfer zu spüren bekommen als die Kameraden im Ruhrrevier, die zur Verzweiflung zu treiben man sich vielleicht doch hüten wird, nachdem sie nun einmal die Fahne gereigt haben. Für uns alle, nicht nur für die Ruhrbergleute, ist es Zeit, sich der Worte zu erinnern, die August Bebel auf dem Parteitag in Jena im Jahre 1905 gesprochen hat:

Und schließlich gibt es auch einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. Schiller sagt: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre.“ Ja, nichts würdiger erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie hundsstiller behandelt ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten magte.

Wir wollen auch in diesem Augenblick nicht vergessen, daß sich Bebel's Worte damals gegen jene deutsche Herrenlaste wandten, die den Arbeitern ihre Staatsbürgerrechte verweigerte. Wir wollen nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß heute in Deutschland viele nach dem Recht rufen, die sich nach Gewalt die Rehlen heiler schrien, als sie noch glaubten, das Spiel der Gewalt werde zu ihren Gunsten aus-

fallen. Nein, das wollen wir nicht vergessen, aber was folgt daraus? Daß nicht sie, sondern wir dazu berufen sind, diesen Kampf ums Recht zu führen und daß wir verlangen müssen, bei der Wahl der Methoden in diesem notwendigen und gerechten Kampf gehört zu werden. Daher die als Ergebnis der gestrigen Konferenz heute hier ausgesprochene Forderung, daß die Regierung schon im Vorbereitungsstadium über alle Maßnahmen die Reinigung der Arbeitervertreter sowohl aus den zentralen Körperschaften wie insbesondere aus dem Ruhrrevier einholt.

Rebels Worte gelten auch gegen fremde Bedränger, die mit bewaffneter Gewalt in friedliches Land eindringen, wehrlose Menschen töten oder ihrer Freiheit berauben, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Kollisionsrecht vernichten und den Arbeitern zumuten, unter den Bajonetten unwürdige Sklavenarbeit zu verrichten. Darum gilt es jetzt, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen und alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Abwehr zu stören und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen.

Die Vorstandskonferenz, an der die Spitzen der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände teilnahmen, fordert in der gegenwärtigen gefährlichen Lage „ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbewegung“. Wir wollen nicht, wir brauchen nicht den „Burgfrieden“ mit der Reaktion, der im Gegenteil die Fortsetzung des schärfsten Kampfes angeht. Wir brauchen die brüderliche Verständigung, die Wahrung der tatsächlichen Geschlossenheit in der Arbeiterbewegung, den Burgfrieden unter Protestanten! Wahren wir ihn und tun wir unsere Pflicht gegen den fremden Unterdrücker, desto stärker werden wir sein, wenn es den Kampf um das Recht und die soziale Stellung der Arbeiterklasse im Innern zu führen gilt!

Die deutsche Arbeiterbewegung steht vor einer weltgeschichtlichen Probe ihrer politischen Reife. Sie wird sie, das sind wir gewiß, in Ehren bestehen!

Die Harmlosen.

Die Nationalsozialisten, denen durch die Abschüttelung Hitlers in München ihre offenbaren Putschabsichten etwas gestört sind, versuchen auf jede Weise auf der nationalen Welle fortzukommen. Sie verkleiden sich als Harmlose. Die „Großdeutsche Arbeiterpartei“ protestiert gegen die Entrechtung von „Hunderttausenden“ (!), die in dem Verbot dieser Gruppe durch Severing zum Ausdruck komme, „obwohl die Großdeutsche Arbeiterpartei auf ihrem programmatischen Standpunkt steht, daß die Republik als augenblickliche Staatsform nicht nur zu erhalten, sondern national auszubauen ist“.

Auch Herr Rosbach, der Baltikumer und Ehrhardt-Geselle, fragt mit Unschuldsmiene in der „Deutschen Zeitung“, was „man von ihm will“.

Die Ehrhardt-Männer, in welcher Verkleidung sie auch auftreten mögen, erwarten ja wohl selbst im Ernst kaum eine Antwort auf ihre heuchlerische Frage. Die Republik würde sich selbst aufgeben, wenn sie duldete, daß die Banden, die nach Hitler „mit den Novemberverbrechern abrechnen“ sollen, ungehindert ihre Putschorganisationen führen.

Bei Redaktionsschluss geht uns die folgende Meldung des Polizeipräsidenten zu:

Die Berliner politische Polizei verhinderte am Freitagabend die Abhaltung einer im geheimen nach dem Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Charlottenburg einberufenen Versammlung, in welcher der ehemalige Freikorpsführer Rosbach und der deutsch-völkische Reichstagsabgeordnete Wulle das Wort ergreifen sollten. Die Einladung zur Versammlung ging von der „Deutschen Zukunft“ aus, einem Rosbachschen Unternehmen, dessen Firma lediglich als Deckmantel für die vom preussischen Minister des Innern verbotene nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei bzw. der großdeutschen Arbeiterpartei diente. Die Versammlung war von mehreren hundert Personen, darunter auch einigen

Frauen, besucht, deren sämtliche Namen und Adressen von der Polizei festgestellt wurden. Gegen alle Versammlungsteilnehmer wird ein Strafverfahren auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik eingeleitet.

Lloyd George gegen die Ruhr-Invasion.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht heute morgen einen weiteren Artikel von Lloyd George, der sich mit der Invasion des Ruhrgebietes befaßt. Dieser Aufsatz könnte ebensogut von Regnes, von Ritt oder von Wirth stammen. Von der ersten bis zur letzten Zeile spricht er nur die Sprache des gesunden Menschenverstandes und des guten Europäers. Man hat sogar die Empfindung, daß der frühere britische Ministerpräsident von Woche zu Woche in der Erkenntnis der tatsächlichen Lage Deutschlands und der Fehler des Versäler Friedensvertrages immer größere Fortschritte macht.

Lloyd George vergleicht die französische Aktion mit einem Fußtritt, den man einem hilflosen Riesen versetzt, und bezeichnet dies als einen „dürftigen Genuß“, der nur einer niedrigen, sportlich gerechten Stanes baren Dentweise Befriedigung gewähren“ mag. Vor allem aber setzt er die Zwecklosigkeit des ganzen Unternehmens gerade vom Standpunkte der französischen Bedürfnisse klar auseinander. Er polemisiert gegen die nutzlose Beschäftigungspolitik, die nur Geld in ungeheuren Mengen verschlingt, zum Schaden der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, die mit diesen Summen schon zum großen Teile hätten wieder aufgebaut werden können. Er wendet sich gegen das in Frankreich und offenbar auch anderswo weitverbreitete Vorurteil, als hätte man es mit einem widerpenstigen Lande zu tun, das absichtlich die Anerkennung der Verpflichtungen des von ihm unterzeichneten Vertrages verweigere.

Lloyd George sieht einen Sturz der deutschen Mark in den Vordergrund, in den die österreichische Krone bereits reitungslos versunken ist. An eine Stabilisierung der Mark sei nicht zu denken, solange man „Reparationskosten mit Bajonetten ausgraben und Reparationsholz mit dem Säbel fällen“ wolle. Der einzige Weg wäre gewesen, Deutschland eine angemessene Frist für die Ordnung seiner Finanzen zu gewähren und ihm die Möglichkeit einer Stabilisierung seiner Währung durch Aufbringung einer Anleihe zu geben, die sobann auch den Franzosen zugute gekommen wäre.

„Französische Staatsmänner haben bewußt diese Möglichkeit preisgegeben. Dies mußte auf die französische Valuta eine ernste Wirkung ausüben, und die Franzosen werden für diesen Schritt kurzfristiger und raschläufiger Staatskunst durch Verteuerung ihrer Lebenshaltung zu zahlen haben. Wenn man an die Folgen denkt, fragt man sich, ob französische Politiker wirklich Reparationen wünschen, oder ob sie nicht vielmehr andere Zwecke verfolgen, die mit der Erlangung von Zahlungen gemäß dem Vertrage unvereinbar sind.“

Lloyd George ist überzeugt, daß die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen der Ruhrinvasion sich nicht auf Deutschland und Frankreich beschränken, sondern auf die ganze Welt erstrecken werden. Die politischen Konsequenzen sind aber nach seiner Meinung noch verhängnisvoller. Er glaubt, daß Frankreichs Plan die Zerstörung der Einheit des deutschen Reiches ist:

„Ich weiß, daß man dies erhofft. Die Franzosen sehnen sich noch immer nach den Zeiten zurück, da Sachsen, Bayern und Württemberger Verbündete, ja selbst Vasallen Frankreichs gegen Preußen waren. Diese Hoffnung hat den letzten Napoleon in den Untergang gestürzt. Noch einmal laßt sie Frankreich in das sichere Verhängnis.“

Zugleich werde dies Frankreich jeder Hoffnung auf Reparationen berauben, denn es werde kein Deutschland mehr geben, das zahlen könne. Und von „Erhöhung der französischen Sicherheit“ werde erst recht keine Rede mehr sein:

„Frankreich wird seine Reparationen verloren haben und dafür den Haß eines unverzählichen Feindes eintauschen, der furchtbarer geworden ist, als zuvor.“

Niemand weiß, was geschehen wird, wenn ein tapferes Volk von 60 Millionen sich der völligen Vernichtung gegenüber sieht. Kein Volk, das an nationale Unabhängigkeit gewöhnt war, hat jemals lange fremdes Joch geduldet.“

Lloyd George prophezeit schließlich, daß sich das deutsche Volk in dieser verzweifelten Lage von den demokratischen Freiheiten abwenden und einer der beiden extremen Richtungen zu-

wenden wird, Faschismus oder Bolschewismus. In der Tat besteht diese Gefahr und die französische Gewalttat an der Ruhr macht es den Parteien, die die Weimarer Verfassung geschaffen haben, immer schwerer, die Massen des Volkes davon zu überzeugen, daß die extremen Lösungen Deutschland nur noch tiefer ins Verderben stürzen würden.

Indessen gibt es noch eine Rettung von diesem Chaos: Das ist die Macht des britischen Weltreiches. Die englische Demokratie hat es in der Hand, dem Wahnsinn Schluß zu gebieten. Was tut England, Mr. Lloyd George?

Die Städte- und Landgemeindeordnung.

Der Preussische Landtag setzte heute vormittag die Aussprache über die neue Städte- und Landgemeindeordnung fort. Schölich-Breslau beschränkte sich nach den ausführlichen Darlegungen der Genossen Haas und Hirsch auf die Landgemeindeordnung. Neuwahlen, so betonte Genosse Schölich, sind notwendig, weil neues frisches Blut in die Adressen des Staates, in die Gemeinden kommen muß, wenn der neuen Zeit Rechnung getragen werden soll. Wir verstehen diese Zufriedenheit der Herren Leidig und v. Cignern, denn die Parteifreunde dieser Herren waren ja früher die Rühmlicher des Dreifasswahlrechts. Wir aber wollen neue Ordnung und Aufbau von Grund auf. Leider bedeutet der vorliegende Entwurf in wichtigen Dingen einen Rückschritt, so z. B. in der Anknüpfung des Wahlrechts an eine halbjährige Wohn- (Wohn-)dauer. Die Reichsverfassung spricht nur von einer Aufenthaltsdauer, der Entwurf aber von einer Wohnjahrdauer. Der Staatsrat hat sogar verlangt, daß die Gewählten ein Jahr am Orte vorher wohnen sollen. Das alles sind nur Erschwerungen des Wahlrechts der Arbeiter, besonders der Landarbeiter. Wir sind gegen jedes Ausnahmegesetz und weisen deshalb diese Erschwerungen zurück. Der Staatsrat will keinen Kommunalbeamten die Wahlbarkeit nehmen, ebenso will er das Selbstverwaltungsrecht der Provinziallandtage beschneiden; denn er verlangt, daß Landbürgermeisterien nur dort gebildet werden sollen, wo die Provinziallandtage mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Dr. v. Aries von den Deutschnationalen meint, die Einführung der Landbürgermeisterien würde Hunderte von Millionen kosten. In der Praxis liegen aber die Dinge so, daß die Amtsbezirke in Landbürgermeisterien umgewandelt werden können. Das ist auch die Auffassung des Staatsrats. Interessant ist, daß im Staatsrat festgestellt wurde, die Landbürgermeisterien hätten sich gut bewährt und daß bei dieser Feststellung aus den Reihen des Zentrums ein „Sehr richtig!“ kam. Wenn man die Gutsbezirke nur auflösen will, falls die Gutsbesitzer weniger als vier Fünftel des Grund und Bodens besitzen, dann werden wohl nicht viele Ortsbezirke aufgelöst werden. Die restliche Aufhebung der Gutsbezirke ist eine Notwendigkeit. Schließlich fordern wir, daß die vielen alten Reservatrechte der besitzenden Klassen in den Gemeinden verschwinden. Es geht nicht, daß die politische Gemeinde die Lasten trägt und gewisse privilegierte Kreise die Vorteile einstecken.

Herr Roh von den Kommunisten hat gestern hier große Worte über die Kommunalreform gemeldet. Er hat nur vergessen, daß nach dem Zeugnis der Kommunisten selbst, das Ziel der Kommunisten gar nicht darin besteht, praktische Arbeit zu leisten. Sie wollen ja nur revolutionieren. Wir wissen, daß die Arbeiter in ihrer Mehrheit nicht für bloßes revolutionäres Getrebe zu haben sind, sondern auch praktischen Erfolg sehen wollen. Und eben deshalb können wir über das kommunistische Getrebe, wir hätten Angst vor den Neuwahlen in den Gemeinden, nur lächeln. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Preussische Landtag wird sich vom Sonnabend, den 27. Januar, bis einschließlich 19. Februar vertagen. In der Pause wird ein Ausschuss aus 35 Mitgliedern für die neue Städte- und Landgemeindeordnung mit der Durchberatung des ersten Teiles der Verwaltungsreform beschäftigt. Der Hauptausschuss wird den Haushalt durcharbeiten. — Heute, Sonnabend, soll die erste Lesung der Städte- und Landgemeindeordnung im Plenum beendet werden. Die dritte Lesung des Grundstuergegesetzes soll der Landtag am Mittwoch vornehmen. Von Donnerstag bis Sonnabend werden die Sitzungen durch die erste Lesung des Haushaltes ausgefüllt.

Keine Mobilmachung in Polen.

Warschau, 20. Januar. (M.B.) Von autorisierter Seite wird der Polnischen Telegraph-Agentur mitgeteilt, daß die Gerüchte von einer angeblichen Mobilmachung in Polen falsch sind. Es ist in Polen kein Mobilmachungsbeehl erlassen worden.

Das Buch für die furchtsamen Seelen.

Von Max Hochdorf.

In der Schweiz sind die Ärzte und die übrigen Menschen besonders darauf erpicht, das Seelenleben ihres Nebenmenschen in Einklang mit den dreigliedrigen Lebensschwierigkeiten zu bringen. Man erinnert sich, daß die großen Pädagogen Pestalozzi und Rousseau Eidgenossen waren, und Lavater und Basedow grübelten nicht nur über das Alltagsglück der kleinen Brut, sie wollten den Erwachsenen schon ein Stück Himmel auf der Erde verschaffen. Uebrigens ist für den Geographen des geistigen Weltlebens die Feststellung sehr verständlich, daß die meisten Seelenstärkmethoden moderner Genies auf helvetischem Boden ausgeformt wurden, mochten sie nun ausgehen von dem unfrommen Götterfreund Strindberg, dem christlichen Kinderfreund Laisoi oder dem heilenischen Heldenfreund Friedrich Rückert. Auf dem Genfer See oder auf den Felsen des Engadins kam all diesen Genies die Erleuchtung. Ja, die Erleuchtung kam sogar einer in eingeweihten Kreisen vielbekanntem, amerikanischen Milliardärin am Züricher See. Schließlich fand auch Gerhart Hauptmanns Heiliger, der Vorfahr des schlesischen Emanuel Quint, am Züricher See sein Apostelstum, wovon die Jugendgeschichte des Dichters einschmelzendes Zeugnis gibt.

Der Züricher Arzt Ludwig Frank ist von der Familie dieser seltsamen Seelenbeuter, obwohl er nicht ihrer Inbrunst und ihrem Schwung huldigt, sondern der allerhöchsten Rührertheit, Wissenschaftlichkeit und Humanität nur folgt. Er spricht in einem Buch über „Seelenleben und Rechtsprechung“ zu Schweizer Ärzten. Und erinnert man sich, daß in der helvetischen Republik Richter nicht nur Akademiker, sondern in hundert Fällen nach altem Brauch und Verfassungskritus gewählte Männer des Volkes sind, dann ist Franks Werk über das Persönlichste des Menschen, seine aus der Jahrelangsten Erfahrung stammende Schilderung des verdunkelten Seelenlebens, eigentlich ein sehr demokratisches Buch.

Es zeigt, wo in dem Liebesleben des Mannes und der Frau das Kranke, das Halbe, das Unzulängliche liegt. Es zeigt das Kranke, damit das Gesunde sich desto besser bekräftigt. Es wird zum Trostbuch, weil auf Erziehung und auf vernünftige ärztliche Methoden der ernste Wert gelegt wird. Nein, des Menschen Schwächen, die Zerlöcher des Ehelebens, die Totengräber der Manneswillenstrost im Daseinstampf, die abstumpfenden Mächte der Frauenzärtlichkeit, all diese Abarten des Gewöhnlichen und Unheimlichen, all diese Entartungen des sozial und aufbauend Kostbaren, sie sind im Grunde nur Erniedrigungen und Erkrankungen für kurze Zeit. All diese Krankheiten sind zu heilen. Sie sind wenigstens häufiger zu heilen, als daß sie unheilbar wären. Das ist Zuspruch und Ausspruch des Arztes, der seinen Satz wohl erprobt hat.

So wurde sein Buch von den Seelenkrankheiten zu einem Trostbuch. Wir leben auch 1923 noch in der besten der Welten. Candidate, der Optimist, d. h. der aus dem Lebensverfall immer wieder zu rettende, brave und normale Mensch, des wihigen Bernünftlers Voltaire wichtigster Gedankenträger, er ist auch heute noch nicht ausgestorben. Und sind wir auch im Elend, hängt der Brotkorb auch sehr hoch, ist der Kohlenkasten auch mächtig leer, ist der Geldkasten gar hundeleer, so brauchen wir doch nicht zu fürchten, daß wir den Verstand verlieren. Der Mensch verliert seine Haare und Zähne viel leichter als den Verstand. Der Verstand hält länger als die dicksten Schuhsohlen und Hofenböden. Der Mensch und der Deutsche sind doch unsterblich, wenn ihm auch die Valuta mit breitem und hartem Finger an der Gurgel sitzt. Dr. Franks Buch erschien bei Grethlein u. Co. in Leipzig.

„Die Nacht der Infernal“. Die Laoköische Tragödie der Sünden hat das Centraltheater, das sich nicht nach dem Geschmack eines snobistisch eingestellten Publikums richten will, zu einer mit vielem Fleiß inszenierten Neuinszenierung gereizt. Das soll dem rührigen Erwin Piscator angerechnet werden, wenn es ihm auch nicht bis aufs letzte gelang, das schwierige Werk in seiner primitiven Realistik ganz zu beherrschen. Vielleicht fehlte es ihm, besonders in den hier sehr wichtigen kleinen Rollen, an den geeigneten Beuten, um durchgängig das Derbe und das gleichzeitig in den Gefühlen Schwimmende der russischen Seele festzuhalten. Franz Hillaud gab den Nikita sehr beachtenswert im Typ des russischen Soldaten; es fiel dabei einiges unter den Tisch, was man im Uebergehen zu den weichen Stimmungen nicht gern vermischt. Am besten war er, als ihn in der Kindesmordscene die Furcht vor den drängenden Frauen packt. Rose Biechtenstein brachte für die Anissa alles mit: Figur und Temperament, besonders gut in den Momenten, wo sie im Fortschreiten des Verhängnisses die Herrschaft über den rohen und schwachen Mann wiedergewinnt. Gustav Ross war ein prächtvoller Vater Nikit. Ebenfalls gut und ganz russisch Lilli Klotow in der kleinen Rolle der Aniska. Effe Heiler und Hilde Hort dürfen nicht in russischen Städten spielen; sie zerreißen, was die anderen mühselig aufgebaut haben. — Mit bescheidenen Mitteln hatte man würdige Eigenbilder geschaffen.

Krebshaare. Eine auffeherregende Tatsache hat der Anatom am Dortmund-Forschungsinstitut für Gewerbe- und Unfallkrankheiten, Hermann Schridde, durch die Untersuchung von Haaren Krebskranker festgestellt. Wie er in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mitteilt, hat er die bereits von Rinkiner gelegentlich bemerkte eigenartige Haarbildung bei Magenkrebskranken zum Gegenstand systematischer Untersuchungen gemacht. Er konstatierte als ganz regelmäßige Erscheinung, daß bei diesen Kranken ein Teil der Kopf- und Gesichtshaare eine rein tiefschwarze Färbung aufweist, und zwar erscheint das einzelne Haar nicht glänzend wie normales schwarzes Haar, sondern vollkommen glanzlos. Die „Krebshaare“ sind außerdem starrer und straffer als die gewöhnlichen und wohl auch dicker. Legt man ein solches Haar auf ein weißes

Blatt Papier, so sieht es aus, als habe man einen Strich mit tief-schwarzer Tusche gezogen. Besonders deutlich tritt die Erscheinung in der Schläfengegend hervor, gelegentlich auch an den Augenbrauen, findet sich aber nicht bei den Haaren des Körpers, die dem Tageslicht nicht ausgesetzt sind. Diese schwarze Pigmentierung fehlte merkwürdigerweise nur bei Rothhaarigen, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß rotes Haar schon ein krankhaftes Pigment darstellt. Mit dieser eigenartigen Pigmentierung der Haare bei Krebskranken scheint auch eine solche der Haut, des Gesichtes und der Hände verbunden zu sein. Schridde konnte bei der Obduktion von Leichen aus dieser Pigmentierung der Haare und der Haut lebensmal feststellen, ob es sich um einen Krebsfall handelt, und irrte sich dabei niemals. Diese Beobachtungen bieten nicht nur wichtiges Material für die krankhaften Erscheinungen des Pigmentstoffwechsels, sondern dürften sich auch für die rasche und sichere Erkennung des Krebses in manchen Fällen von großer Bedeutung erweisen.

Eine Wiener Jugend-Volksbühne. Von einem Unternehmen, das in der Tendenz mit der unserer Berliner Volksbühne schon seit längerer Zeit angegliederten Jugend-Volksbühne übereinstimmt, berichtet die Wiener „Arbeiter-Zeitung“. Danach wird der Kreis Wien des Verbandes Freie Schule-Kinderfreunde fünfzigsten jeden Sonntag vormittag in einem großen Theateraal gute Jugendvorstellungen veranstalten. Die Vorstellungen werden abwechselnd in den einzelnen Wiener Bezirken veranstaltet. Das Programm wird von der sozialdemokratischen Kunststelle im Einvernehmen mit sozialdemokratischen Lehrern und Funktionären des Vereins zusammengestellt. Es sind Lichtbildervorträge, Märchen- und Sagenvorlesungen, Musik- und Tanzdarbietungen geplant.

Erkautführungen der Woche. Dienst. Schloßpark-Theater (N. Quab): „Jugend“. Mittw. Kammertheater: „Der Kreis“. Freit. Schiller-Theater: „Der Schöpfer“. Theater am Rollendorfsplatz: „Königin der Straße“.

Kranke-Vorträge. Sonn: Kleinow: „Wanderungen in Sowjet-Russland“. Mittw. Freit: „Nordischen Länder im Film“. Dienst. Sonnab: „Gastionspiele“. Mittw: „Wander des Schneehaub“. Donnerst: „Mit Sang und Klang durch Schwarzwald und Alb“.

Die Volksbühne berietet als nächste Aufführung nach dem Wintermärchen „Der Mann, der keine Zeit hat“ und „Gustav Wieds Abrechnung“ vor.

Am Künstler-Theater kann die heulige Erkautführung von Thomas „Magdalena“ nicht stattfinden. Stattdessen geht Hans Küllers „Wojnanna“, ab Sonntag gleich Hans Küllers „Nanne“ mit Käthe Dorsch in der weiblichen Hauptrolle in Szene.

Eine zweite amerikanische Ebene für die deutsche Künstler-Zeit. Der Reichspräsident hat aus der Sammlung der New Yorker Staatszeitung dem Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands einen Betrag von 1 1/2 Millionen Mark als Festsumme übermieten. Die Summe ist zum größten Teil an die verschiedenen wirtschaftlichen Verbände im Reiche weitergeleitet worden.

Der Schriftsteller Heinrich Strömke, Verfasser zahlreicher theatergeschichtlicher Monographien und Generalsekretär der „Gesellschaft für deutsche Theatergeschichte“, ist im Alter von 60 Jahren gestorben.

Internationale sozialistische Konferenz.

Sitzung der Vorstände am 26. Januar.

Amsterdam, 20. Januar. (WZB.) Im Zusammenhang mit der durch die Besetzung des Ruhrgebietes geschaffenen ersäkten Lage hat das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Vorstände der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien für Freitag, den 26. Januar, zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen, um zu erwägen, was in den verschiedenen Ländern zur Unterstützung und Förderung der vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingeleiteten Bewegung unternommen werden kann.

Protestaktion der englischen Arbeiter.

Unabhängige Arbeiterpartei gegen englische Außenpolitik. London, 20. Januar. (WZB.) Die Unabhängige Arbeiterpartei veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, die französisch-deutsche Differenz müsse, wenn sie andauern sollte, eine ernste Kriegsgefahr hervorrufen. Die britische Regierung müsse viel mehr von der französischen Politik ablassen. Das britische Gesandtschaftsmitglied gegenüber der französischen Politik im Ruhrgebiet sei auf den Wunsch zurückzuführen, auf der Konferenz von Lausanne die Unterstützung Frankreichs zu erhalten. Die Partei verlangt Einberufung einer Weltkonferenz, um von neuem über alle Probleme zu beraten, die der Versäler Vertrag ungelöst gelassen habe. Die Partei habe an 800 Unterabteilungen das Gesuchen gerichtet, öffentliche Versammlungen am Sonntag und Sonntag zu veranstalten, um die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Lage zu lenken. Ramsay MacDonald werde unter den Rednern sein.

London, 20. Januar. (Reuter.) In einer Rede in Glasgow sagte Ramsay MacDonald, die französische Regierung suche eine militärische Politik zu verwirklichen, die sie bei Abschluß des Waffenstillstandes mit Widerstreben ausgegeben habe. Frankreichs Politik zielt auf eine Zerstörung Deutschlands auf Kosten der Wohlstand des übrigen Teiles von Europa ab. Es würde besser sein, mit Frankreich zu brechen, als gemeinsam der Vernichtung entgegenzugehen.

Italien bremst.

London, 20. Januar. (WZB.) Reuter erzählt, daß die italienische Regierung Schritte unternommen habe, um der britischen und der französischen Regierung vorzulegen, daß Italien die Lage an der Ruhr als eine höchst gefährliche ansehe. Obwohl Italien nicht die Rolle eines Vermittlers übernommen habe, so habe es doch ausdrücklich vorgeschlagen, daß irgendwelche weiteren Zwangsmassnahmen nur nach reiflicher Überlegung ergriffen werden sollten.

Der Kampf um die Quote.

Gegenstände in der Schwerindustrie.

Essen, 20. Januar. (Eca.) Durch französische Vermittler ist nach der Besetzung des Ruhrgebietes seitens des Comité de Forces versucht worden, mit einem bekannten Großkonzern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zwecks Erlangung eines privatwirtschaftlichen Abkommens mit der französischen Schwerindustrie in Verhandlungen zu treten. Von Seiten des deutschen Großkonzerns ist jegliche Verhandlung abgelehnt worden, solange das Ruhrgebiet widerrechtlich von französischen Truppen in Okkupation genommen ist. Bekanntlich ist früher schon an deutsche Vertreter der Schwerindustrie das Ansuchen eines Zusammenarbeitens mit französischer Schwerindustrie gestellt worden. Die französischen Versuche liefen aber immer darauf hinaus, bei einer derartigen Verbindung 60 Proz. der Beteiligung in die Hand zu bekommen und den Deutschen 40 Proz. zuzubilligen. Da damit die deutsche Schwerindustrie unter französische Bevormundung gebracht worden wäre, ist auch früher schon regelmäßig von deutscher Seite eine nähere Bindung mit französischen Interessen abgelehnt worden.

Deutsche Kohlenabschlüsse in England.

London, 20. Januar. (Eca.) „Daily Mail“ schreibt, Frankreich erteile Auftrag auf starke Kohlenmengen. Was die Aufträge aus Deutschland auf englische Kohle anbelangt, so wünschen die englischen Verkäufer Garantien für deren Bezahlung. Ein englischer Kohlenfachverständiger erklärte einem Berichterstatter der „Daily Mail“, die Deutschen hätten diese Garantien nunmehr gegeben und mit den englischen Banken befriedigende Abmachungen getroffen.

Völkerbund und Ruhrbesetzung.

London, 20. Januar. (WZB.) „Westminster Gazette“ berichtet, daß die Lage, die durch die Besetzung entstanden sei, wahrscheinlich vor den Völkerbundrat, der in einigen Tagen zusammentritt, gebracht werden wird. Es werde für möglich gehalten, daß Frankreich, nachdem es sich und Europa in eine schwierige Lage gebracht hat, bereit sein könnte, dem Völkerbund die Probleme der Reparationen und der interalliierten Schulden zu unterbreiten. Die belgische Regierung würde kein Hindernis in den Weg legen.

Stockholm, 19. Januar. (WZB.) Wie „Tidningsnarras Telegrammbyrå“ erzählt, dürfte die auf den 25. Januar angelegte Tagung des Völkerbundsrats in Genf entweder verschoben oder nach Paris verlegt werden. Der Vertreter Schwedens im Völkerbundrat, Ministerpräsident Branting, hat sich gegen die Verlegung der Tagung nach Paris ausgesprochen, da nach seiner Meinung der Rat an einem neutralen Ort zusammentreten sollte, es scheint aber, als ob die Tagung doch nach Paris verlegt wird.

| | 20. Januar | | 19. Januar | |
|-----------------------------|----------------|-------------------|----------------|-------------------|
| | Käufer (Weib.) | Verkäufer (Weib.) | Käufer (Weib.) | Verkäufer (Weib.) |
| 1 holländischer Gulden | 7806.68 | 7843.82 | 7765.56 | 7794.44 |
| 1 argentinische Papier-Peso | 6833.87 | 6867.18 | 7231.87 | 7268.13 |
| 1 belgischer Franc | 1127.17 | 1131.83 | 1187.02 | 1192.98 |
| 1 norwegische Krone | 8481.27 | 8498.73 | 8740.62 | 8769.38 |
| 1 dänische Krone | 8406.81 | 8483.69 | 8815.48 | 8834.52 |
| 1 schwedische Krone | 4837.87 | 4862.13 | 5261.81 | 5288.19 |
| 1 finnische Mark | 468.82 | 471.18 | 947.62 | 952.38 |
| 1 japanischer Yen | 9052.81 | 9067.69 | 9177.28 | 9223.72 |
| 1 italienische Lire | 897.76 | 902.25 | — | — |
| 1 Pfund Sterling | 8578.55 | 8621.45 | 91091.87 | 91478.13 |
| 1 Dollar | 18703.12 | 18796.88 | 19700.62 | 19799.38 |
| 1 französischer Franc | 1231.91 | 1238.09 | 1316.70 | 1323.30 |
| 1 brasilianischer Milreis | 9124.67 | 9185.33 | 2204.97 | 2215.03 |
| 1 Schweizer Franc | 3566.00 | 3583.04 | 3690.76 | 3700.25 |
| 1 spanische Peseta | 2952.68 | 2967.40 | 3077.28 | 3092.72 |
| 100 österr. Kronen (abgek.) | 26.98 | 27.07 | 28.22 | 28.29 |
| 1 tschechische Krone | 535.65 | 541.35 | 545.86 | 548.14 |
| 1 ungarische Krone | 7.28 | 7.32 | 7.12 | 7.12 |
| 1 bulgarische Lewa | 190.60 | 191.81 | 110.28 | 110.20 |
| 1 jugoslawischer Dinar | 137.65 | 138.85 | 120.80 | 120.88 |

Polizeistunde und Verkehr.

Ab Montag um zwei Stunden verkürzter Abendverkehr.

Die Herabsetzung der Polizeistunde auf 11 Uhr abends wirkt auch auf den Berliner Verkehr sehr einflussreich. Während bisher vom Stadlinnern die letzten Straßenbahn- und Hochbahnzüge um 12 Uhr nachts abgingen, wird jetzt, da nach 11 Uhr die Verkehrsintensität auf ein Minimum zurückgehen dürfte, der Verkehrsfluß in Berlin bereits gegen 12 Uhr nachts einsehen. Für die Verkehrsunternehmungen bedeutet diese Maßnahme eine Ersparnis an Löhnen und Materialkosten, und so wird sich der Ausfall nach Ansicht der Verkehrsleiter finanziell nicht allzu spürbar machen. Für das Publikum ist die Verkehrsbeschränkung weniger angenehm, doch will die Straßenbahn ebenso wie die Hochbahn- und die Omnibusgesellschaft auf gewisse Notwendigkeiten Rücksicht nehmen. So soll ein, wenn auch spärlicher, Spätverkehr von den Bahnhöfen nach den einzelnen Stadtteilen eingerichtet werden, und weiter wird auf den Berufsverkehr größte Rücksicht genommen werden. Die Fabriken, in denen Spätarbeit geleistet wird, die großen Zeitungsdruckereien usw. erhalten für das bis nach Mitternacht beschäftigte Personal besondere Verkehrsgelegenheiten, um nicht die Betriebe zu einer teilweise fast undurchführbaren Arbeitseinschränkung zu zwingen.

Der Polizeipräsident von Berlin hat folgende Verordnung für Groß-Berlin erlassen:

§ 1. Für Theateraufführungen und alle Darbietungen, welche bei gewerbemäßiger Veranstaltung einer Erlaubnis aus § 221, aus § 33a der Reichsgewerbeordnung bedürfen, für Lichtspielvorführungen sowie für alle ähnlichen Schaustellungen wird die Polizeistunde auf 11 Uhr abends festgesetzt. § 2. Für Cafés, Spiel- und Schankwirtschaften sowie für Cafés wird die Polizeistunde auf 11 Uhr abends festgesetzt. Betriebe der genannten Art dürfen nicht vor 6 Uhr morgens für das Publikum geöffnet sein. Ausnahmen hieron können bei dringendem Bedürfnis durch Verfügung des Polizeipräsidenten unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs bewilligt werden. § 3. Für Vergnügungsorte, sogenannte Rummelplätze, wird die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt. § 4. Öffentliche Tanzveranstaltungen sind verboten. Die Veranstaltung und öffentliche Ankündigung privater Tanzveranstaltungen in Cafés, Spiel- und Schankwirtschaften sowie Cafés oder mit solchen in Verbindung stehenden Räumen sind unterlagt. § 5. In einzelnen besonders geeigneten Fällen können Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 1—4 durch Verfügung des Polizeipräsidenten bewilligt werden. § 6. Der Ausschank von alkoholischen Getränken jeder Art an Jugendliche unter 16 Jahren ist verboten. § 7. Unternehmer, Wirte, deren Stellvertreter oder private Veranstalter, welche die Vorschriften dieser Verordnung übertreten oder eine Uebertretung durch ihre Stellvertreter oder Angestellten dulden, werden mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit entsprechender Haft bestraft. § 8. Erweist sich der Unternehmer oder der Wirt eines der in den §§ 1—3 bezeichneten Betriebe in der Ausübung seines Gewerbes als unzuverlässig oder ergeben sich aus seiner Geschäftsführung, insbesondere durch Nichtbeachtung der Polizeistunde oder der Verbote der §§ 4 und 6 dieser Verordnung Unzuverlässigkeiten für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung, so kann die Polizeistunde für seinen Betrieb durch Verfügung des Polizeipräsidenten herabgesetzt werden. Anderwärts hieron bleiben die Vorschriften, nach denen bei Unzuverlässigkeit schärfere Maßnahmen erfolgen können. § 9. Die Bestimmungen in Polizeiverordnungen, welche die Ausübung des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes mit weiblicher Bedienung regeln, werden durch die Vorschriften dieser Polizeiverordnung nicht berührt. § 10. Die Polizeiverordnung betreffend Polizeistunde vom 27. August 1921 wird bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. § 11. Diese Verordnung tritt am Montag, den 22. Januar, in Kraft.

Die „Geldstrafe“ von 300 M., die auf Grund einer alten Verordnung festgelegt werden mußte, wird auf alle Weise, die nichts von rechtlichen Maßnahmen versieht, sondern lediglich den gesunden Menschenverstand anerkennt, geradezu lächerlich wirken. Dem rasenden Tempo der Geldentwertung vermag die Gesetzgebungs-maschine nicht zu folgen und so kommt es, daß eine solche „Strafe“, wie sie hier festgelegt ist, sicherlich als Anreiz zum Uebertreten der Verordnung dienen wird. Hier wäre die Schaffung eines Wertgesetzes, das die Festsetzung derartiger Strafen der Geldentwertung auf Grund eines Index bestimmt, sehr am Platze. Die Republik sollte alles vermeiden, was ihre ausführenden Organe lächerlich machen könnte.

Hotelboykott gegen französische Gäste.

Ein gestriger Beschluß des Vereins Berliner Hotelbesitzer, von heute ab keine französischen und belgischen Gäste mehr aufzunehmen und ebenso den Ausschank französischer Weine und Spirituosen einzustellen, soll, wie es heißt, den Auftakt zu einer großartigen Boykottbewegung gegen Frankreich und Belgien bilden. Dem Verein Berliner Hotelbesitzer gehören fast ausnahmslos nicht nur die größten Berliner Hotels, sondern auch die bekanntesten Weinrestaurants an. Auch das Hotel Wilson, das dem Verein Berliner Hotelbesitzer nicht mehr angehört, wird die gestrigen Beschlüsse respektieren.

Man kann diese Maßnahme verstehen, wenngleich man sich nicht der Illusion hingeben darf, daß irgendetwas für die Zukunft Deutschlands Förderliches dadurch erreicht wird. Die militärischen Hochhauer repräsentieren nicht das französische und belgische Volk und es bleibt kaum mehr als eine Protestaktion übrig, die einer Verständigung, die doch einmal kommen muß, weitere Hindernisse in den Weg legt.

Großfeuer auf einem Holzplatz.

In dem Holzlager der Firma Bohn in der Riefholzstraße in Treptow brach gestern Abend Feuer aus. Die Flammen griffen mit großer Schnelligkeit um sich, so daß beim Erscheinen der Berliner Feuerwehr bereits der größte Teil des Lagers in Brand stand. Die vereinigten Wehren Groß-Berlins einschleßlich der Neuföhner Wehren, im ganzen acht Züge, griffen sofort ein und dämmten den Brand unter Leitung des Branddirektors Polzich auf den Hauptberd ein. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es dann auch, über die Flammen Herr zu werden und ungefähr die Hälfte des Lagers zu retten. Trotzdem sind sehr große Vorräte an wertvollen Mahagoni, Kiefer- und anderen Kunstholzern verloren. Der Schaden ist daher sehr bedeutend. Die Ursache des Brandes ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß aus einem Ofen in einem Lagerschuppen Kohlen herausfielen und diesen zunächst in Brand setzten. Die Wehren waren bis spät am Abend mit den Löscharbeiten beschäftigt, und man konnte den Feuerschein noch bis in die Nacht hinein in Berlin beobachten.

Jungsozialisten und Ruhrbesetzung.

In einer überfüllten Versammlung der Berliner Jungsozialisten sprach gestern Abend Genosse Heinrich Ströbel über „Ruhrbesetzung und Reparation“. Er ging davon aus, daß durch den Rechtsbruch Frankreichs, den alle juristischen Ausdeutungsversuche keinesfalls zu rechtfertigen vermögen, wiederum eine Situation kriegerischen Geistes und nationalstiller Erregung auf beiden Seiten geschaffen worden sei. Die allem Trachten nach vernünftiger und persönlicher Regelung des Zusammenlebens der Völker aus neuer Verfahren schwerster Art bringt. Während wir uns dieser Gefahren bewußt seien, sei es um so mehr unsere Aufgabe, die Dinge zu sehen wie sie sind. Der Redner legte darauf kurz die Wirtschaft- und Finanzlage Deutschlands und Frankreichs dar. Er wies auf die schwere Schuldenslast Frankreichs hin, wie sie in der deutlichen Abkehr zu neuerlicher Verständigung erst kürzlich von dem bekannten französischen Nationalökonom Charles Gide den deut-

lichen Lesern dargestellt worden ist. Er betont weiterhin, daß demgegenüber die infolge der Inflation in ihrem Goldwert zusammengefallene deutsche Staatsschuld in Frankreich ebenso beunruhigen müsse, wie das mangelhafte Steuerertrahmen der besitzenden Klassen in Deutschland. Wie dem auch sei, mögen selbst die Reparationsleistungen nicht die Grenzen des Möglichen erfüllt haben, und daraus der deutschen Sozialdemokratie die Aufgabe klarer Borgehens als früher gegenüber der Staatschuld der besitzenden Klassen erwachsen, alles das mag ein Vorzeichen Frankreichs allenfalls erklären, niemals rechtfertigen. Unsere Aufgabe sei es weiterhin, auch unsere Politik so zu führen, daß wahren Verständigungswillen der Gegenseite nicht durch ein durch das Ruhrabenteuer erwecktes Chauvinismus die Tore verschlossen werden, ohne daß darin ein Nachlassen unseres Protestes gegenüber dem sinnlosen Rechtsbruch und der militärischen Handlungswelt Frankreichs Nachhaken erblickt werden darf. — In der nun einsetzenden überaus regen Diskussion versuchten mehrere Redner anfangs, andere Gesichtspunkte geltend zu machen. In seinem Schlusswort hielt Genosse Ströbel die vorher gemachten Ausführungen gegenüber der Erweiterung der Debatte aufrecht und erweiterte sie in manchen Punkten. Der Eindruck seiner Worte ergänzte dadurch den Gesamteindruck des Abends, der dahin ging, daß hier bei allen Gegensätzen der Temperamente und vielleicht auch mancher Grundanschauungen der Wille einmütig war, ebenso in der Schroffen Ablehnung der französischen Gewaltpolitik, wie in dem Willen, die Vernunft wackeln zu lassen und nicht das Gefühl.

Die Kirche kennt die Ihren nicht.

Aktade auf den Geldbeutel der Konfessionslosen.

Die im „Vorwärts“ oft gerügten Beschlüssen längst konfessionslos gewordener Personen durch unberechtigte Anforderung von Kirchensteuer könnten nicht immer wieder vorkommen, wenn die Kirche pflichtgemäß sich hinreichende Beweiskraft darüber verschaffe, wer noch zu ihr hält und wer nicht. Klagen über solche unbegründeten Ansprüche der geldbedürftigen Kirche an das Portemonnaie der Ungläubigen gingen uns sonst nur aus den zum Bezirk Berlin gehörenden Kirchengemeinden zu, in letzter Zeit aber haben wir auch aus Neukölln ein paar Mitteilungen erhalten, daß Konfessionslose noch mit Kirchensteuerforderungen belästigt wurden. Einer, der schon am 8. Dezember 1912 in vorchriftsmäßiger Form seinen Austritt aus der evangelischen Kirche erklärt hatte, erhielt noch nach zehn Jahren, Ende November 1922, einen „Kirchensteuerbescheid“ für 1922. Vor neun Jahren, am 22. Dezember 1913, hatte auch seine Frau ihren Austritt erklärt, es kann sich also hier nicht um eine der Frau auferlegte Kirchensteuer handeln, für die ja selbst ein längst konfessionslos gewordener Ehemann noch aufkommen muß, wenn die Frau noch der Kirche angehört. In einem anderen uns dieser Tage aus Neukölln bekanntgewordenen Fall wurde ein gleichfalls schon vor zehn Jahren, am 2. Dezember 1912, aus der evangelischen Kirche ausgetretener Mann noch Anfang Januar 1923 von einem Polizeibeamten heimgeführt, der 44 M. Kirchensteuer von ihm einreiben wollte. Da sofort die amtliche Becheinigung über die Austrittserklärung vorgezeigt werden konnte (man sieht, wie gut es ist, derartige Belege sorgfältig aufzubewahren und bereitzuhalten), so mußte der Beamte unerrichteter Sache abziehen. Demselben Konfessionslosen ist es in Neukölln schon im vorigen Jahre passiert, daß ihm wegen angeblich rückständiger Kirchensteuer eine Pfändungsandrohung zuging, aber die Kirche scheint von dem damaligen Mißerfolg keine Notiz genommen zu haben. Dabei hat dieser Konfessionslose bei den Personenzustandsaufnahmen, die alljährlich zu Bestimmungszwecken erfolgen, schon seit einer Reihe von Jahren stets die Vorsicht gebraucht, gewissenhaft seine Konfessionslosigkeit anzugeben. Mit berechtigter Enttäuschung weist er darauf hin, daß die aus Gemeindefonds bezahlten Beamten bei der Jagd nach Kirchensteuern, die nicht auf zu Recht eingefordert werden, Zeit und Kraft verpenden müssen. — In Nr. 340 des „Vorwärts“ vom 15. November 1922 hatten wir einen Fall unerhörter Summelei der privaten Kirchengeldherren mitgeteilt, bei dem es sich um die Einziehung der Kirchensteuer von einem bereits vor elf Jahren aus der Kirche ausgeschiedenen handelt. Der Betroffene war ausgemindert worden, seine Austrittserklärung persönlich auf dem Bureau in der Neuen Friedrichstraße vorzulegen und die Restkassation zu erledigen. Er hatte erklärt, nur bei Erlass des Jahresgeldes und Entschädigung für Jockeyverlust dieser Aufforderung nachzukommen, da er unter keinen Umständen für die Summelei anderer Leute leiden könne. Der Betroffene, ein Dreher B. aus der Scheringstraße, stellt uns nunmehr mit, daß die Kirche bei ihm am 4. Januar zur Pfändung geschritten ist. — Wann werden wir es erleben, daß diesem Unfug ein Ende gemacht wird? Welches Gefährde erhöhen die Anhänger die Kirche, wenn bei ihnen z. B. die Freikirchliche Gemeinde wesentlich einen Mitgliedsbeitrag einzulassen wollte!

Neuebach-Versammlung. Die deutsche Plan für Menschenrechte veranstaltet am Montag, 22. Januar, 8 Uhr, in den Kammerjahren, Teilmeyerstraße 14 (Holländisches Tor) unter dem Vorsitz H. v. Gericke eine große Demonstrationssammlung zum Fall Kerschbaach, die gleichzeitig ein Protest gegen die hereinkommende Falschensache aus Bayern werden soll. Redner: Dr. Lorenz-Rindgen, Landtagsabg. Kahlke-Berlin, Rechtsanwalt Hebbel-Kronfurt a. O., Kammergerichtspräsident Freymuth, der authentische Mitteilungen über das Ritter-Telegramm machen wird. In der Diskussion wird vornehmlich auf Dr. Dr. Thimme sprechen.

Explosionsunglück auf einem französischen Truppenübungsplatz. Donnerstag morgen hat sich auf einem Truppenübungsplatz bei einer Artillerieübung in der Nähe von Chalons ein schwerer Unfall ereignet. Ein Pferd trat auf ein herumliegendes Artilleriegeschloß, das explodierte. Vier Kanoniere und 3 Pferde wurden getötet, drei Kanoniere verletzt.

Ein Flugzeugunglück in Marokko. Ein Militärflugzeug ist in Marokko in der Gegend von Rabat brennend abgestürzt. Die beiden Militärflieger, darunter ein Major, wurden auf der Stelle getötet.

Erdbeben auf Malta. Gestern wurde auf Malta ein ziemlich heftiges Erdbeben verspürt. Die Bewohner flüchteten aus ihren Häusern, Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kälter, zeitweilige heiter, jedoch sehr unbeständig mit wiederholten Schneefällen und ziemlich starken nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kaffierer! Von einer Anzahl Abteilungen sind trotz mehrfacher Aufforderung die Einzahlungsmarken noch immer nicht vollständig abgerechnet worden. Das muß aber unbedingt in den nächsten Tagen geschehen, weil diese Marken so schnell als möglich mit dem Parteivorstand abgerechnet werden müssen. Wir bitten deshalb nochmals dringend um diese Abrechnungen und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die sämtlichen Abteilungen in der nächsten Woche an dieser Stelle veröffentlicht werden. J. A. Alex Pagels.

Jungsozialisten, Delegierte Beamtenschulenweg. Heute 7 1/2 Uhr im Ingenieurheim, Straße 16, Berlin.

14. Kreis, Neukölln. Sonntag, den 21. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, engere Vorstandssitzung im Sekretariat.

128. Abteilung, Panitzsch. Sonntag früh 11 Uhr Abteilungsversammlung in der Schule Kaiser-Friedrich-Straße. Tagesordnung: Kreisdelegiertenwahl.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Abstinenz-Bund. Gründungsversammlung der Gruppe Mitte im Heim der Landwehrer Steinstraße 46 heute Samstag, den 20. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Interessenten und Mitglieder sind eingeladen.

